

N i e d e r s c h r i f t

**der 51. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 19.03.2014**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),
Zeit:	16:01 Uhr bis 16:55 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	anwesend ab 16:29 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter

Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung
Herr Prof. Dr. Dirk Furchert	Verwaltung
Frau Dörte Riedel	Verwaltung

Gast:

Herr Olaf Ebert	Freiwilligen Agentur Halle
-----------------	----------------------------

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
------------------	---------------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 51. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 5.1. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12089
Gleiche Voten in den Ausschüssen.
- 5.4. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und
Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2014
bis 31.12.2014
Vorlage: V/2013/12146
Gleiche Voten in den Ausschüssen.
- 5.5. Bürgerhaushalt Vorschlag B-76 Saalekreisvolkshochschule raus aus Halle
Vorlage: V/2014/12492
Gleiche Voten in den Ausschüssen.
- 5.6. Bürgerhaushalt
Vorschlag B-30 Schwimmhalle Robert Koch
Vorlage: V/2014/12522
Gleiche Voten in den Ausschüssen.
- 5.7. Bürgerhaushalt
Vorschlag B-12 SPORTHALLEN
Vorlage: V/2014/12520
Gleiche Voten in den Ausschüssen.
- 5.8. Bürgerhaushalt
Vorschlag B-66 Kita-Gebühren
Vorlage: V/2014/12472
Gleiche Voten in den Ausschüssen.
- 5.9. Bürgerhaushalt
Vorschlag B-10 - Grundschule Glaucha
Vorlage: V/2014/12527
Gleiche Voten in den Ausschüssen.

- 6.1. Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/11372
Wurde im Finanzausschuss vertagt.
- 6.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/12111
Wurde im Finanzausschuss vertagt.
- 6.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur zunehmenden Nutzung von E-Bikes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12387
Gleiche Voten in den Ausschüssen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt

- 6.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: V/2014/12388

auf die Hauptausschusssitzung im April zu vertragen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.02.2014
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.02.2014
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 *Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/12089 *abgesetzt*
 - 5.1.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2014/12422 *abgesetzt*

- 5.1.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089*
Vorlage: V/2014/12421 *abgesetzt*
- 5.1.3 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)" - V/2013/12089*
Vorlage: V/2014/12579 *abgesetzt*
- 5.2 *Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements*
Vorlage: V/2013/11956
- 5.3 *Kulturpolitische Leitlinien*
Vorlage: V/2013/11904
- 5.4 *Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2014 bis 31.12.2014*
Vorlage: V/2013/12146 *abgesetzt*
- 5.5 *Bürgerhaushalt Vorschlag B-76 Saalekreisvolkshochschule raus aus Halle*
Vorlage: V/2014/12492 *abgesetzt*
- 5.6 *Bürgerhaushalt*
Vorschlag B-30 Schwimmhalle Robert Koch
Vorlage: V/2014/12522 *abgesetzt*
- 5.7 *Bürgerhaushalt*
Vorschlag B-12 SPORTHALLEN
Vorlage: V/2014/12520 *abgesetzt*
- 5.8 *Bürgerhaushalt*
Vorschlag B-66 Kita-Gebühren
Vorlage: V/2014/12472 *abgesetzt*
- 5.9 *Bürgerhaushalt*
Vorschlag B-10 - Grundschule Glaucha
Vorlage: V/2014/12527 *abgesetzt*
6. *Anträge von Fraktionen und Stadträten*
- 6.1 *Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen*
Vorlage: V/2013/11372 *abgesetzt*
- 6.2 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen*
Vorlage: V/2013/12111 *abgesetzt*
- 6.3 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur zunehmenden Nutzung von E-Bikes in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2014/12387 *abgesetzt*

- 6.4 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung*
Vorlage: V/2014/12388 *abgesetzt*
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Anregungen
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.02.2014

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 50. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2014.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.02.2014

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.2 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements **Vorlage: V/2013/11956**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass Herr Ebert, Geschäftsführer der Freiwilligen Agentur Halle, anwesend sei und bat um Abstimmung, ihm Rederecht zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, informierte darüber, dass die Richtlinie im Finanzausschuss besprochen und mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, da diese noch nicht fertiggestellt sei. Seiner Meinung nach sei die Richtlinie nicht notwendig, weil dadurch nicht mehr bürgerschaftliches Engagement erzielt werde. Auch sehe er noch Klärungsbedarf bei den Aufgaben des Beirates und wer diesen berufe und vorschlagen kann.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass die Nachweiserbringung von 400 Stunden nicht nachvollziehbar wäre. Auch habe Herr Ebert in seinem Brief an die Fraktionen am 20.02.2014 vorgeschlagen, den Beirat an die Freiwilligen Agentur anzugliedern. Diesem Vorschlag stand ihre Fraktion positiv gegenüber und sie fragte, ob sich an der damaligen Haltung etwas geändert habe.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies darauf hin, dass er die Anregung gegeben habe, die inhaltlichen Ausführungen von Herrn Ebert aus seiner Erfahrung heraus zur Kenntnis zu nehmen, da es im Finanzausschuss unterschiedliche Darstellungen gab.

Allen sei an der Förderung und Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement gelegen und es gab von Seiten der Fraktionen keine Änderungsanträge, weil die Vorlage nicht schlüssig wäre.

Dazu stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dar, dass die Vorlage seit über einem Jahr vorbereitet und am 05. März 2013 und am 02. Juli 2013 mit Vereinen, Verbänden und Bürgerinnen und Bürgern diskutiert wurde. Sowohl die Freiwilligen Agentur als auch die Bürgerstiftung hätten intensiv an dieser Richtlinie mitgearbeitet.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies darauf, dass aus der Richtlinie nicht hervorgehe, dass sie die Beschlussfassung der letzten Jahre mit Blick auf Satzungen, zum Beispiel zu Eintrittspreisen zu den Einrichtungen, tangiere. Aus seiner Sicht sei die Rechtswirksamkeit in diesem Bereich nicht endgültig geklärt.

Herr Ebert, Geschäftsführer der Freiwilligen Agentur, führte aus, dass sich die Freiwilligen Agentur von Anfang an intensiv mit der Diskussion zur Richtlinie auseinandergesetzt habe. Der erste Entwurf habe den Anlass für eine Einladung der Mitgliedsorganisation zu einem öffentlichen Diskussionsforum gegeben. Es wurde in einem breiten Beteiligungsverfahren an der Richtlinie gearbeitet und sei für die Freiwilligen Agentur ein Aspekt zur Engagementförderung in der Stadt Halle.

Man habe in der Einladung zu einem Diskussionsforum am 15. Mai 2014 in der Pustebume deutlich gemacht, dass man mit Vertretern der Fraktionen und Bürgern insgesamt zur Engagementförderung in Halle diskutieren wolle.

In dem Prozess zur Engagementförderung komme es darauf an, diesen durch einen Fachbeirat zu begleiten. Eine große Rolle spiele auch die Sichtbarmachung einer Bedarfsanalyse, was es in Halle an bürgerschaftlichem Engagement gibt und welche Förderung. Ein Fachbeirat soll dabei den Umsetzungsprozess begleiten, wie konkrete weiterführende Maßnahmen zur Engagementförderung, auch im Rahmen des Konzeptes einer Strategie zur Engagementförderung zu entwickeln sind, die dann im Stadtrat diskutiert und beschlossen werden sollten.

Herr Ebert erinnerte an den Wettbewerb und die Preisverleihung „Engagiert für Halle“, welcher von der Freiwilligen Agentur begleitet und Projekte und Engagierte ausgezeichnet worden sind. Dabei hätten Unternehmen eine Partnerschaft übernommen, die über ein Jahr ging und die Unternehmen die Vereine und Projekte ein Jahr lang begleitet und unterstützt haben. Das hätte vielseitige Wechselwirkungen hervorgerufen, die aus seiner Sicht positiv waren.

Bezogen auf die Engagementkarte machte Herr Ebert deutlich, dass diese auch in anderen Städten eine wichtige Rolle spiele und positive Erfahrungen gesammelt worden sind. Deshalb erscheine sie als ein geeignetes Instrument zur Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements.

Aus seiner Sicht sei es auch Aufgabe des Beirates, neue Impulse zu geben. Der Beirat müsse durch den Stadtrat oder den Oberbürgermeister berufen werden, um die Weiterentwicklung der Richtlinie fachlich zu begleiten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, bezog sich in seinen Ausführungen auf die Diskussion zum Brief von Herrn Ebert und machte kritische Hinweise zur Beschlussvorlage. Es wäre aus seiner Sicht zu klären, wo und an wen ein Antrag zu stellen sei und wer über diesen entscheide. Ebenso müsse geklärt werden, wer die Ehrenamtskarte vergibt und wo genau in der Verwaltung die Anträge eingereicht werden können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass die von Herrn Dr. Meerheim genannten Punkte in der Richtlinie, § 5, Absatz 3 geregelt seien.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies darauf, dass in der Diskussion Klärungsbedarf in Detailfragen und auch in Bezug zu anderen Richtlinien festgestellt wurde. Er machte Herrn Oberbürgermeister den Vorschlag, die Richtlinie zurückzuziehen und dafür ein Gremium einzuberufen.

Sollte die Beschlussvorlage aufrechterhalten werden, kündigte er an, einen Änderungsantrag in dem Sinne vorzubereiten, mit dem Beschluss des Stadtrates den Auftrag zur Einrichtung eines Gremiums zu geben. Der vorliegenden Beschlussvorlage könne er nicht zustimmen.

Herr Wolter verwies auch auf die Diskussion zu den Leistungen der Engagementkarte. Diese seien von der Verwaltung noch nicht definiert und müssten noch untersetzt werden.

Auch **Frau Dr. Brock** lehnte eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung ab. Sie würde die Vorlage noch einmal vertagen, da noch viele Dinge abschließend geklärt werden müssen.

Auf die Frage von Herrn Bönisch, CDU-Fraktion, ob steuerrechtlich ein geldwerter Vorteil vorliege, wenn die Engagementkarte genutzt werde, sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eine Beantwortung bis zur nächsten Stadtratssitzung zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme

9 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die „Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements“.

zu 5.3 Kulturpolitische Leitlinien
Vorlage: V/2013/11904

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte darüber, dass zu diesem Thema eine Unterarbeitsgruppe gebildet wurde, welche dem Kulturausschuss empfohlen hatte, die Zielsetzung nicht Bestandteil der Leitlinien werden zu lassen.

Diese Empfehlung wurde anfangs vom Kulturausschuss übernommen, jedoch später ohne eine Beratung dazu abgestimmt. Aus diesem Grund schlug sie vor, die Kulturpolitischen Leitlinien ohne die Zielsetzung abzustimmen und stellte den Geschäftsordnungsantrag zur nochmaligen Behandlung der Zielsetzung im Kulturausschuss.

Frau Dr. Marquardt stimmte den Ausführungen von Frau Dr. Brock zu. Die Leitlinien habe man schon im Februar im Kulturausschuss beschlossen mit der Ergänzung durch die Zielsetzung.

Die Arbeitsgruppe habe zwar festgestellt, dass die Zielsetzung vielleicht nicht nötig sei, jedoch wurde im Kulturausschuss mit einer sehr geringen Mehrheit dafür gestimmt und die Zielsetzung in dieser Form mit beschlossen.

Aus Sicht der Ausschussvorsitzenden erklärte **Frau Dr. Bergner**, dass im Kulturausschuss der Beschluss gefasst war, die Kulturpolitischen Leitlinien zu verabschieden.

Bezüglich der Arbeitsgruppe verwies sie darauf, dass diese zu dem Entschluss kam, dass die vorgelegte Version der Zielsetzung nicht nötig sei. Die Arbeitsgruppe war aber nicht berechtigt, dem Kulturausschuss vorzugreifen. Im Kulturausschuss habe es dann eine umformulierte Zielsetzung gegeben, welche mit den Kulturpolitischen Leitlinien abgestimmt wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Frau Dr. Brock, die Zielsetzung von den Kulturpolitischen Leitlinien abzutrennen und diese noch einmal in den Kulturausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

mit Patt abgelehnt

2 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

8 Enthaltungen

Auf Grund des Abstimmungsergebnisses verblieb die Vorlage, wie vorgelegt, auf der Tagesordnung und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen

2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Kulturpolitischen Leitlinien der Stadt Halle (Saale).

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur gemeinsamen Beigeordnetenkonferenz mit der Stadt Leipzig

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass mit der Stadt Leipzig eine gemeinsame Beigeordnetenkonferenz durchgeführt wurde. Dabei seien Themen im Hinblick auf die Metropolregion sowie Kultur und Sport abgestimmt worden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Veränderung im Fachbereich Wirtschaft

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über eine Organisationsveränderung. Das Dienstleistungszentrum Wirtschaft und der Fachbereich Wirtschaftsförderung sind in dem Dienstleistungszentrum Wirtschaft aufgegangen und dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters angegliedert worden.

Er habe eine Einladung des Wirtschaftsausschusses erhalten und werde dort sehr ausführlich über die Metropolregion und die Organisationsveränderung berichten.

Ebenfalls werde er in der nächsten Stadtratssitzung über diese Veränderung informieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Besetzung von Stellen

Auf Antrag des Oberbürgermeisters wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann habe ich noch eine Information im Hinblick auf das Schreiben der SPD-Stadtratsfraktion.

Da haben Sie noch einmal deutlich gemacht, im Hinblick auf die Besetzung von Personalstellen - da geht es um die Besetzung von Leiterstellen - wie das Verfahren auszuführen ist, im Hinblick auf Vorbereitung des Beschlusses von Personalstellen, im Hinblick auf die Vorbereitung und die Tätigkeiten des Oberbürgermeisters.

Wir hatten dieses schon mal gehabt vor gut einem halben Jahr. Das war auf die Initiative von Herrn Bönisch. Da haben wir uns sehr ausführlich schon darüber unterhalten.

Ich würde zunächst mal Herrn Schreyer das Wort geben, das er dieses nochmal darstellt. Er hat die Bitte, nochmal auf Ihr Schreiben einzugehen, ohne irgendwelche Personaldinge auch hier zu besprechen. Aber einfach, damit wir uns darüber nochmal verständigen. Bitteschön.

Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht

Also die Gemeindeordnung sieht im § 44, Absatz 4, genau wie unsere Hauptsatzung vor, dass die Entscheidung über diese Personalangelegenheiten der Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister trifft. Wie man zu dieser Entscheidung kommt, insbesondere zur Erteilung des Einvernehmens, gibt es mehrere Möglichkeiten.

Zum einen ist es die durch das Verwaltungsgericht in den Bezug genommenen Beschluss vorgesehene Möglichkeit, dass der Hauptausschuss sozusagen das Verfahren an sich zieht, die Auswahl trifft und mit einer entsprechenden Vorlage dann kommt und der Oberbürgermeister dann auf diese dann sein Einvernehmen erteilt oder auch nicht.

Die zweite Variante ist die Variante, von der wir bisher ausgegangen sind. Nämlich die Verwaltung kommt mit einer Vorlage in den Hauptausschuss. Das ist dann sozusagen auch schon das Einvernehmen des Oberbürgermeisters und der Hauptausschuss natürlich entscheidet über diese Vorlage, auch mit der Möglichkeit, Änderungsanträge dazu zu stellen.

Wir haben also zwei Komponenten. Einmal die Entscheidung des Hauptausschusses und einmal die Erteilung des Einvernehmens des Oberbürgermeisters. Beide Voraussetzungen müssen gegeben sein, ansonsten kommt es zu keiner Entscheidung, zu keiner rechtmäßigen Entscheidung.

Auch das Verwaltungsgericht hat in diesem Beschluss nichts anderes gesagt.

Sofern jetzt von Wahl gesprochen wird, es war keine Wahl im Sinne der Gemeindeordnung gemeint, sondern es war die Auswahlentscheidung gemeint, zwischen verschiedenen Bewerbern. Denn eine Wahl findet nur in den gesetzlich ausdrücklich angeordneten Fällen statt nach der Gemeindeordnung.

Das ist zum Beispiel bei der Wahl eines Beigeordneten, aber nicht bei der Entscheidung nach § 44 Absatz 4 der Gemeindeordnung. So dass letztendlich die Verwaltung empfiehlt und das hatten wir auch im letzten Jahr schon aufgrund der Anfrage von Herrn Bönisch im Hauptausschuss hier diskutiert.

Und Herr Oberbürgermeister hatte da auch schon Stellung dazu genommen, bei der bisherigen Vorgehensweise zu bleiben, weil sie letztendlich auch dazu führt, dass die Verwaltung aufgrund ihres Fachpersonals die Entscheidung ordnungsgemäß vorbereiten kann und dementsprechend auch Ihnen die erforderlichen Informationen vorlegt.

Sofern Sie da natürlich Bedarf haben, steht es Ihnen jederzeit frei, weitere Informationen sich einzuholen bzw. das Verfahren gegebenenfalls an sich zu ziehen. Aber das ist sozusagen der Vorschlag gewesen.

In der Oktobersitzung im Hauptausschuss letztes Jahr ist das auch im Protokoll dokumentiert gewesen. Das war die Empfehlung der Verwaltung, wie hier weiter vorgegangen werden soll, so dass also das schon ausgewertet worden ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, bitte.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Also das was Sie jetzt erklärt haben widerspricht in keiner Weise der Auffassung, die wir haben.

Der Brief ist ja, ich danke erst mal für die Auslegung, der Brief ist zunächst erst mal nicht an die Verwaltung gegangen. Wir wussten natürlich, dass vor einem halben Jahr die Diskussion schon gelaufen ist.

Sondern der Brief ist an die Fraktionsvorsitzendenkollegen gegangen, mit der Bitte, nämlich das, was sie eingangs geschildert haben, die grundsätzliche Verfahrensweise nochmal zu überdenken und ob die Mitglieder des Hauptausschusses vielleicht zu einer anderen Verfahrensweise, nämlich die erste Variante, die Sie geschildert haben, kommen wollten.

Das hat nichts mit dem, was wir heute noch besprechen zu tun. Aber ich erinnere mich zum Beispiel an ein Aspekt der Verfahrensweise, wie wir es bisher auch hatten, in den vergangenen Jahren. Dass zum Beispiel, bevor eine Ausschreibung rausgegangen ist, der Hauptausschuss damit befasst worden ist und gefragt worden ist, also ich finde auf recht kollegiale Art und Weise, einfach so im Miteinander zwischen Verwaltung und Hauptausschuss, habt Ihr noch Ergänzungen, guckt bitte mal drüber, teilt Ihr den Inhalt der Ausschreibung.

Das war sozusagen die ursprüngliche Verfahrensweise.

Und wir haben eine Ausschreibung jetzt vorher in dem Kontext nicht zur Kenntnis genommen. In der Ausschusssitzung meine ich jetzt. Aus dem Grund haben wir gesagt, o. k., wenn das jetzt also nicht mehr gewollt ist, dass die Ausschreibung vorher von den Ausschussmitgliedern gesehen wird, beziehungsweise besprochen wird oder wir eine Rückmeldung geben in einer Frist, wo das auch noch möglich ist, mache ich die Anregung,

Und es war eigentlich nur die Bitte an die Fraktionsvorsitzendenkollegen, da mal drauf zu reagieren. Zumal, wie sie es auch richtig dargestellt haben, der Richter in der Rechtsprechung, die wir hier zitiert haben, in der Tat diese Möglichkeit nochmal beleuchtet hat, also im Sinne einer Auslegung, wie sie so in der Gemeindeordnung explizit erst mal nicht dargestellt ist. Sondern genau diese Möglichkeiten auch offen gelassen werden.

Aus dem Grund haben wir diese Anregung nochmal an die Kollegen gegeben. Auch nicht mit Blick auf heute, sondern auf zukünftige Verfahrensweisen. Dass man sich mal grundsätzlich nochmal darüber verständigt, was wollen die Mitglieder des Hauptausschusses eigentlich. Weil, ich hatte die Diskussion um die Verfahrensweise, die sich danach anschloss die letzten Monate, nicht als erledigt betrachtet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, das ist so gewesen bei den Beigeordneten. Da ist das ein selbstverständlich übliches Verfahren. Aber bei den Fachbereichsleitern war das noch nie gemacht worden. Wir haben uns eben nochmal abgestimmt.

Herr Krause

Es stimmt, Sie haben Recht. Aber es hat sozusagen zwischendurch, durch uns, durch unsere Beschlussfassung eine Änderung gegeben der Zuständigkeit des Hauptausschusses, für welche Stellen wir sozusagen . . . *unverständlich* . . .

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich wollte es deshalb nochmal thematisieren. Bitte auch nicht übel nehmen, weil hier in dem Blatt steht, die Besetzung der Fachbereichsleiterstellen nicht durchzuführen, bis das geklärt ist. Deshalb wollten wir jetzt die Klärung und auch Ihnen die Rechtsgrundlage nochmal deutlich machen. Nicht das Sie sagen, wir hätten das jetzt nicht geklärt. Da drängt sich für mich der Eindruck auf.

Wir haben jetzt alles vorgelegt. Ich hatte Ihnen ja auch berichtet, dass insgesamt die Verfahren und die Beurteilungen erst alle eingeholt werden mussten. Von jedem Kandidaten auch, wo er vorher dann auch tätig gewesen ist, damit es rund ist.

Weil Sie mir im Disziplinarverfahren ja insgesamt vorgeworfen haben, ich werde jetzt nicht besetzen. Und von daher war es mir wichtig, jetzt nochmal deutlich zu machen, dass das Verfahren, was wir gewählt haben, so ist, wie es Herr Schreyer jetzt auch deutlich gemacht hat.

Gibt es weitere Wortmeldungen dazu?

Dann wollte ich diese Mitteilung nochmal dann auch deutlich machen. Ich würde das ganz gerne als Wortprotokoll neben der Mitteilung, die ich eben gemacht habe.

Herr Krause

Also plus meine Ausführungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Selbstverständlich, gehört ja auch zu Mitteilungen dazu, Herr Krause.

Ende des Wortprotokolls

zu 9 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Krause, SPD-Fraktion, zum Verfahren im Umgang Dringlichkeitsantrag Neubau Eisenbahnbrücke

Zum Antrag seiner Fraktion zum Neubau der Eisenbahnbrücke Rosengarten merkte **Herr Krause** an, dass diese Vorlage in der letzten Stadtratssitzung auf den nächsten Planungsausschuss verwiesen wurde, da die Stadtratsmitglieder eine fachliche Diskussion dazu gewünscht hätten.

Da die Vorlage im Ausschuss nicht auf die Tagesordnung gekommen ist, aber eine Fristsetzung vorliege, fragte **Herr Krause** an, ob es in der kommenden Stadtratssitzung eine Entscheidung dazu geben könnte, beziehungsweise ob es sinnvoll wäre, eine Sondersitzung des Planungsausschusses zu diesem Thema einzuberufen,

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erteilte dazu Frau Riedel, Referentin Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Umwelt, das Wort.

Frau Riedel teilte mit, dass ein Termin mit der Deutschen Bahn zum weiteren Prozedere stattgefunden habe. Hierbei wurde auch festgestellt, dass die Fristsetzung bis Ende März nicht zwingend sei und verschoben werden könnte, so dass regulär im nächsten Planungsausschuss eine Diskussion dazu möglich wäre. Der Stadt würde dadurch kein Nachteil entstehen.

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Vertrag Theater, Oper und Orchester GmbH

Frau Dr. Brock fragte an, ob es schon Signale vom Land zum Theatervertrag gäbe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass man damit rechne, Ende bzw. Mitte nächster Woche den Vorentwurf zu bekommen.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Fachbereich Wirtschaft

Herr Wolter bezog sich auf die Fraktionsvorsitzendenrunde vor einer Woche, in welcher Herr Oberbürgermeister zum Thema Wirtschaftsförderung berichtet habe. An dieser habe in seiner Vertretung Herr Häder teilgenommen, welcher überrascht darüber war, dass ein Amtsleiter vom Dienst beurlaubt wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, diese Angelegenheit im nicht öffentlichen Teil zu besprechen.

Herr Wolter fragte an, ob bei der von Herrn Oberbürgermeister vorgenommenen Entscheidung nicht auch das Einvernehmen hergestellt werden müsse bzw. wann der Stadtrat darüber in Kenntnis gesetzt werde, um nachfolgend das Einvernehmen herzustellen.

Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zur Veräußerung eines Grundstücks

Herr Kley informierte darüber, dass es in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung im November eine Vorlage zum Verkauf eines kommunalen Grundstückes Raffineriestraße/Thüringer Straße gab.

Dazu habe es Diskussionen betreffs der Altlastensituation gegeben und seine Fraktion habe eine Anfrage gestellt, wie sich die Situation der Ablagerung von Abfällen auf diesem Grundstück darstellt. Ihnen wurde mitgeteilt, dass erst am 26.03. eine Antwort gegeben werden könne.

Zwischenzeitlich wurden auf diesem Grundstück Fällaktionen durchgeführt und die Feldgehölze und Bäume beseitigt, obwohl das Gelände ein geschütztes Biotop nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz lt. Verzeichnis der Stadt Halle sei.

Herr Kley fragte an, ob das Grundstück jetzt veräußert ist, beziehungsweise was unternommen wurde, wenn gleich man noch nicht über die Altlasten Bescheid wisse.

Weiterhin fragte er nach dem Vorliegen einer Genehmigung zur Abholzung. Ihm sei kein Verfahren bekannt, was es ermögliche, ein geschütztes Biotop zu beseitigen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Beantwortung bis zur nächsten Stadtratssitzung zu.

Anfrage Frau Ewert, SPD-Fraktion, zu den Händelfestspielen

Frau Ewert fragte an, ob die angekündigte Verlängerung der Händelfestspiele im Einvernehmen mit Herrn Birnbaum, Direktor Handel-Haus Halle, geschehen sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass eine Absprache dazu mit Herrn Birnbaum stattgefunden habe. Es gehe darum, die Wirtschaft und vor allem den Tourismus innerhalb der Stadt zu stärken.

Die Termine würden an drei Wochenenden stattfinden, weil es insgesamt die Möglichkeit gäbe, mit mehreren Veranstaltungen auch das dritte Wochenende zu bespielen. Dies würde kostenneutral gehalten, da sich beispielsweise Chöre angesagt hätten, die im Bereich von „Händel“ auftreten möchten.

Momentan werde das Programm erarbeitet und von Frau Dr. Marquardt zusammengestellt. Nach Fertigstellung werde es den Stadträten zur Kenntnis gegeben.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu Vergaben

Bezüglich seines Fragenkataloges zu Vergaben fragte **Herr Krause** nach, wann eine Beantwortung dazu vorliegen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Beantwortung bis zur nächsten Stadtratsitzung zu.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu parteipolitischen Veranstaltungen im Stadthaus

Herr Bönisch informierte darüber, dass der Landesgeschäftsführer der CDU versucht habe, einen Veranstaltungstermin im Stadthaus zu vereinbaren und ihm mitgeteilt wurde, dass es eine Dienstanweisung des Oberbürgermeisters gäbe, dass politische Parteien keine Veranstaltungen mehr im Stadthaus durchführen dürfen. Er fragte nach, ob die Aussage richtig sei.

Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht, teilte dazu mit, dass eine Verwaltungsvorschrift erlassen wurde, die die Benutzung des Stadthauses diesbezüglich regelt. Dort sei festgelegt, dass parteipolitische Veranstaltungen im Stadthaus nicht mehr stattfinden dürfen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begründete die Festlegung damit, dass die Verwaltung von der Landesregierung den Rat bekommen habe, der Durchführung von Parteiveranstaltungen in einer bestimmten Art nicht zuzustimmen.

Herr Schreyer wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine Gleichbehandlung zu gewährleisten sei und man sich dafür entschieden habe, keine parteipolitischen Veranstaltungen im Stadthaus zuzulassen.

Auf die Anfrage von **Herrn Lange, Fraktion DIE LINKE** teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass Veranstaltungen von Stadtratsfraktionen davon ausgenommen seien. Abschließend merkte **Herr Bönisch** an, dass der Beantragenden der Veranstaltung zwar die CDU-Landesgeschäftsstelle war, aber eigentlich eine Veranstaltung der Seniorenunion stattfinden sollte, welche eine Vereinigung innerhalb der CDU und keine Partei sei.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Osendorfer See

In Bezug auf seine schriftliche Anfrage zur Auswertung des Dammbbruches am Osendorfer See informierte **Herr Bönisch**, dass die Verwaltung schriftlich mitgeteilt habe, dass es keinen Zusammenhang mit dem Dammbbruch und dem Loch, welches vorher in den Straßendammb gerissen wurde, gäbe.

Da er die Antwort der Verwaltung für unzureichend halte, fragte er nach, ob er dazu noch eine Ergänzung erhalte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass eine ergänzende Antwort vorbereitet wird.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu parteipolitischen Veranstaltungen im Stadthaus

Herr Krause machte darauf aufmerksam, dass der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) zu den Bundestagswahlen eine Kandidatenrunde im Stadthaus gemacht habe. Diese Veranstaltung wurde zuerst abgelehnt, weil eine Unterscheidung zwischen parteipolitisch und kommunal- bzw. bundespolitisch nicht erfolgte. Er wies darauf hin, dass es klare Aussagen dazu geben müsse.

Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht, äußerte sich dahingehend, dass in der Verwaltungsvorschrift klar geregelt sei, was zulässig ist und sich der Ausschluss auf parteipolitische Veranstaltungen beziehe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte den Vorschlag, den Fraktionen die Verwaltungsvorschrift zur Verfügung zu stellen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete den öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Anja Schneider
Protokollführerin